

THEMA

BERATUNGSSTELLE GEGEN RADIKALISIERUNG

Sozialer Entbindung entgegenwirken

Thorsten Fuchshuber

Anfang Juli hat das Zentrum gegen Radikalisierung „respect.lu“ seine Arbeit aufgenommen. Seine Ziele bleiben vorerst wenig konkret. Zunächst soll das soziale Umfeld möglicher Betroffener sensibilisiert werden.

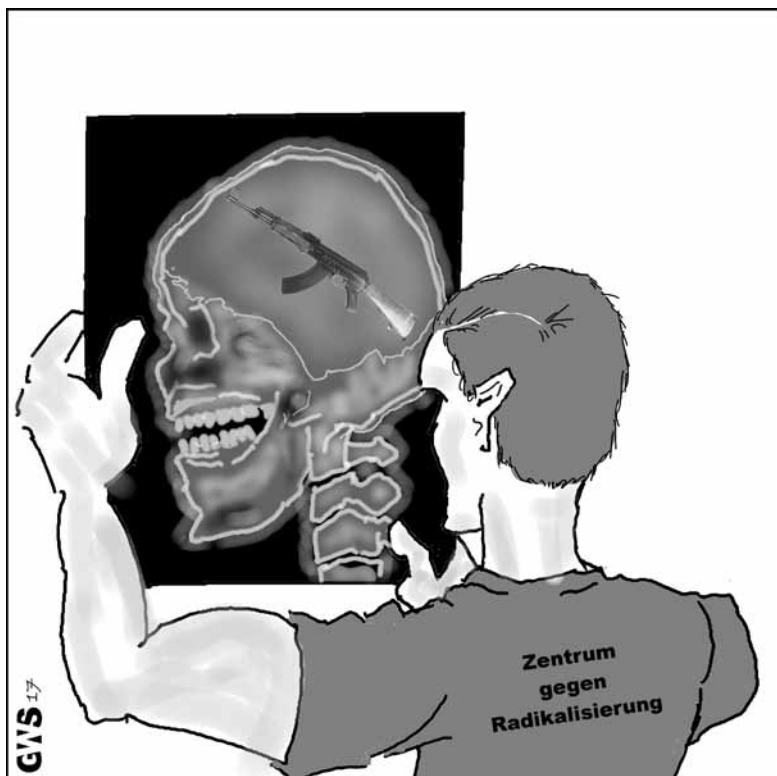
Junge Erwachsene, die sich in Syrien dem Islamischen Staat anschließen, Mordfantasien Rechte, wie jüngst gegen Angehörige der Jonk Lénk und davor gegen Außenminister Jean Asselborn - allein diese Beispiele zeigen, dass es auch in Luxemburg den gemeinhin als „gewaltbereiten“ bezeichneten Extremismus gibt. Um diesen zu bekämpfen und seiner Entstehung vorzubeugen, wurde Anfang Juli das „Zentrum gegen Radikalisierung - respect.lu“ eröffnet. Seine Gründung geht auf eine Initiative der Regierung vom Juli vergangenen Jahres zurück. Getragen wird es von der eigens gegründeten Asbl „SOS Radicalisation“.

Für den Anfang ist „respect.lu“ fachlich mit drei Psychologinnen und einem Psychologen ausgestattet, die alle in Teilzeit arbeiten. „Vorrangiges Ziel ist es zunächst, die verschiedenen Angebote bekannt zu machen“, so Karin Weyer, die Leiterin des Zentrums, „damit Leute, die auf unseren Service zurückgreifen wollen, uns überhaupt kennen“. Im Mittelpunkt stehe in dieser Anfangsphase vor allem Prävention. Neben der „Primärprävention“, die zur gesellschaftlichen Sensibilisierung für das Thema „Radikalisierung“

im Allgemeinen gedacht sei, richtet sich die „Sekundärprävention“ an all jene, „die mit Menschen in Kontakt sind, die im Begriff sind, sich zu radikalieren - seien es Lehrer, Erzieher oder die Familie“, so Weyer.

Prävention bedeutet also zum einen, dass das soziale Umfeld überhaupt erkennen lernt, wenn jemand sich „radikalisiert“. Dass dies gar nicht so einfach ist, betont auch der Psychologe Ahmad Mansour, der in Deutschland seit Jahren in Projekten gegen die Radikalisierung von Muslimen arbeitet. „Radikale Tendenzen kann man nicht an Äußerlichkeiten erkennen“, so Mansour in einem Interview mit dem „Deutschlandfunk“. Man müsse „mit diesen Menschen in den Dialog kommen, um die Rhetorik, die Argumentation dieser Jugendlichen mitzubekommen. Nur so kann ich merken, dass jemand radikal ist. Ich muss sein Verhalten gegenüber den Lehrern, gegenüber dem anderen Geschlecht überhaupt bemerken“. Dafür müssten Lehrer und Pädagogen jedoch sensibilisiert werden, so Mansour. Eines der Ziele, das auch „respect.lu“ mit seiner Arbeit verfolgt.

Darüber hinaus bietet das Luxemburger Zentrum konkrete Beratung an. „Es hat sich schon jemand an „respect.lu“ gewendet, weil der Betreffende Sorge hatte, dass eine Person in seinem Umfeld im Begriff war, sich zu radikalieren“, erzählt Weyer über die ersten Arbeitswochen im neuen Zentrum. In solchen Fällen gehe es darum, „zu eruieren ob das berech-



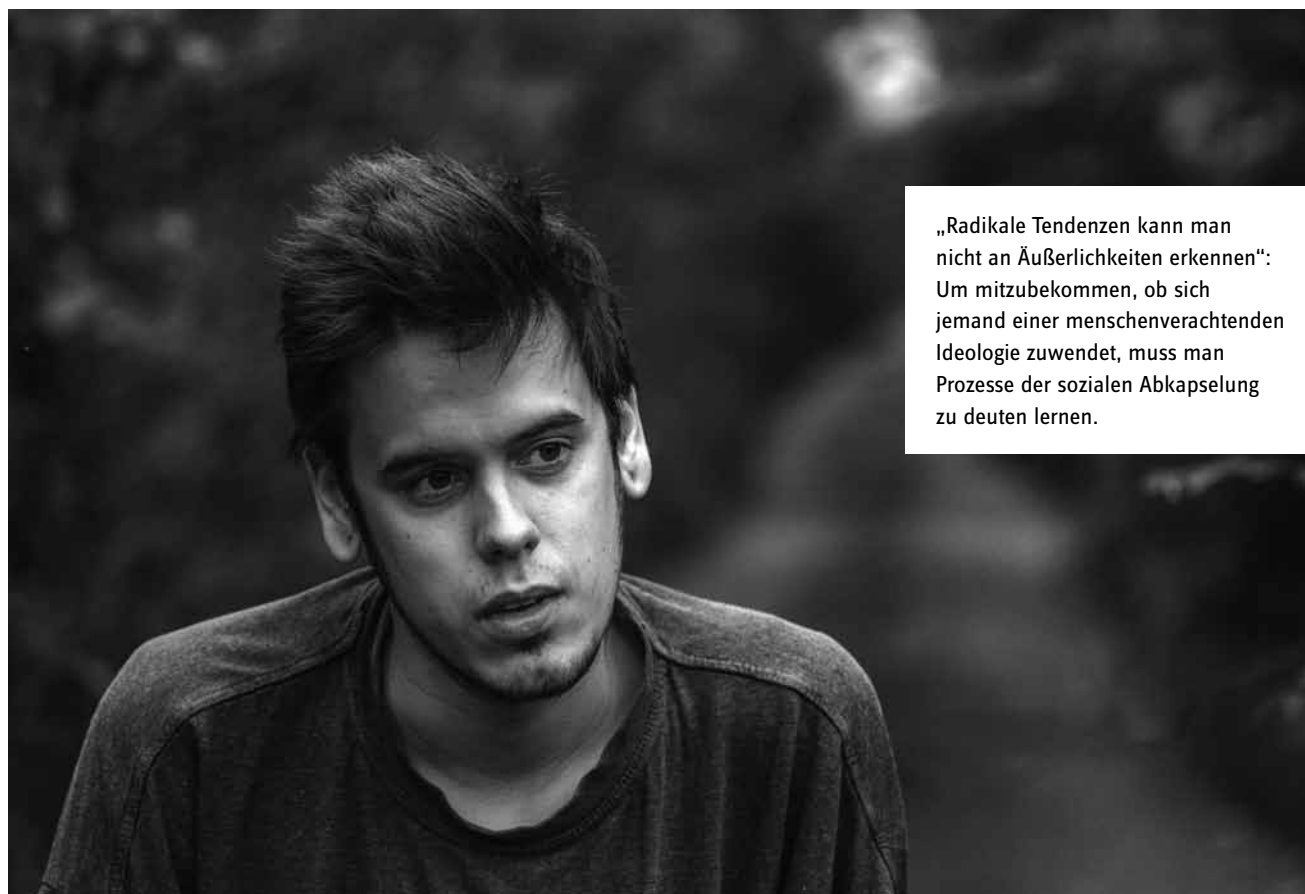


FOTO: PIXABAY

„Radikale Tendenzen kann man nicht an Äußerlichkeiten erkennen“: Um mitzubekommen, ob sich jemand einer menschenverachtenden Ideologie zuwendet, muss man Prozesse der sozialen Abkapselung zu deuten lernen.

tigte Sorgen sind“: „Unser Ziel ist es, individuell zu schauen, wie dann vorzugehen ist, ob es andere Probleme gibt, die die betreffende Person möglicherweise hat. Es gibt da keine pauschale Vorgehensweise.“

Wenn Karin Weyer von „Radikalisierung“ spricht, dann meint sie dies in erster Linie in Verbindung mit der Bejahung von Gewalt: „Radikalisierung an sich ist nicht problematisch. Problematisch wird es, wenn Gewalt ins Spiel kommt, sei es, dass diese gutgeheißen, propagiert oder selber angewendet wird.“

Doch welche Milieus hat „respect.lu“ konkret im Visier? Weyer verweist bei dieser Frage auf das Ministerium für Familie, Integration und die Großregion, das „respect.lu“ finanziert. Die gesellschaftliche Notwendigkeit für ein solches Zentrum in Luxemburg liegen laut der dort zuständigen Dominique Faber „auf der Hand“: „Wenn man sieht, was in Europa in den vergangenen Jahren passiert ist, und was andere Länder in diesem Bereich gemacht haben, wo es auch solche Informations- und Präventionszentren gibt, dann glaube ich, dass es für die Regierung eine Selbstverständlichkeit war, auch hier ein solches zu gründen“. Ein spezifisch sich in Luxemburg ergebender Handlungsbedarf, etwa aufgrund der Existenz rechtsradikaler oder islamistischer Milieus, sei nicht ausschlaggebend für die Einrichtung des Zentrums gewesen, meint Faber: „Es gibt in Europa Extremismen im religiösen

Bereich, im politischen Bereich, es gibt Rechtsextremismus, es gibt Linksextremismus, es gibt Sekten. Ist das nicht Anlass genug?“

Keine konkreten Milieus im Visier

Für die Zukunft schließt die Psychologin Weyer nicht aus, auch im Bereich der De-Radikalisierung tätig zu werden: „Das können dann auch Leute sein, die polizeilich auffällig geworden sind und sich radikalisiert haben. Da sind wir aber wirklich ganz am Anfang und dabei zu schauen, was für Luxemburg Sinn macht, das ist etwas, was wir nicht von heute auf morgen machen werden.“

Wie genau ein solches De-Radikalisierungsprojekt aussehen könnte, ist also noch offen, wobei sich das Luxemburger Zentrum fachlich bis-

lang an einem im dänischen Aarhus entwickelten Programm orientiert. Es könne jedenfalls nicht darum gehen, „jemanden davon zu überzeugen, dass seine Überzeugungen richtig oder falsch sind“. Die jeweilige religiöse oder politische Ideologie stehe „nicht im Vordergrund, sondern sei nur insofern bedeutsam, als sie als Begründung genutzt werde, um Gewalt zu bejahen“.

Der Blick in andere Länder zeigt, dass es verschiedene Ansätze für solche De-Radikalisierungsprojekte gibt. Keiner dieser Ansätze ist unumstritten. Einig ist man sich, dass es darum gehen müsse, die soziale Entbindung aufzuhalten, die mit der Radikalisierung Einzelner einhergeht, also im sozialen Umfeld anzusetzen, dem der oder die Betroffene entstammt.

Jenseits dessen gehen beispielsweise zwei deutsche Projekte, die

sich vor allem um islamistisch Radikalisierte kümmern, hinsichtlich deren ideologischen Überzeugung unterschiedlich vor. Bei der Hamburger Beratungsstelle „Legato“ etwa bleibt das Thema „Religion“ völlig ausgespart. Das „Violent Prevention Network“ in Berlin hingegen bezieht die Ideologie mit ein, warnt aber davor, mit „Gegen-Narrativen“ zu reagieren, und verweist stattdessen auf Frage-techniken, die Betroffene zum Nachdenken anregen sollen. Auch Ahmad Mansour berichtet von der Notwendigkeit, „dass wir auch die krassesten Einstellungen und Meinungen, die die Jugendlichen äußern, aushalten können, um mit denen dann in einen Dialog zu gehen, um sie zu verunsichern in diesen Einstellungen“.

Für die Luxemburger Beratungsstelle ist das zunächst noch Zukunftsmusik. Dort ist man derzeit damit beschäftigt, Kontakte zu all denen zu knüpfen, mit denen man künftig zusammenarbeiten möchte: „Wir sind dabei, uns im sozialen Bereich bekannt zu machen, Kooperationen zu beginnen, Weiterbildungen anzubieten, für Lehrer, Erzieher und so weiter.“

Es wird also noch eine Weile dauern, bis sichtbar, wie erfolgreich die Arbeit des Zentrums ist – geht es doch ohnehin um eine Problematik, die eigentlich Sache der gesamten Gesellschaft ist.

Vor allem im Zuge der Diskussion um islamistisch motivierten Terror und die Jugendlichen und jungen Erwachsenen, die sich dem Islamischen Staat angeschlossen haben, hat sich in den vergangenen Jahren das Wort „Radikalisierung“ etabliert, um teils sehr unterschiedliche Biographien und ideologische Überzeugungen auf ein und denselben Begriff zu bringen. Sowohl in der sozialpädagogischen wie auch in der sozialwissenschaftlichen Praxis sind die Erklärungskraft des Begriffs sowie die daraus abgeleiteten Gegenkonzepte jedoch nicht unumstritten. Die woxx hat beim neugegründeten Luxemburger „Zentrum gegen Radikalisierung“ zur dortigen Herangehensweise nachgefragt und sich mit dem Brüsseler Religionshistoriker Jean-Philippe Schreiber von der Université libre de Bruxelles über Fallstricke der gesellschaftspolitischen Debatte um „Radikalisierung“ unterhalten.

THEMA

RADICALISATION ET DJIHADISME

« Il faut oser parler davantage du côté religieux »

Interview : Thorsten Fuchshuber et Danièle Weber

Jean-Philippe Schreiber remet en question la pertinence du terme de « radicalisation » dans le contexte de la terreur islamiste. Selon l'historien des religions, l'absence d'appareil théorique pour encadrer le lexique utilisé a pour effet de créer des chaînes causales sans assise empirique et logique.

woxx : Vous contestez l'usage du terme de radicalisation en tant que paradigme central dans la discussion autour de l'islamisme. Pourquoi ?

Jean-Philippe Schreiber : En parlant de radicalisme ou de radicalisation, on assimile le terrorisme islamiste à des phénomènes politiques qui n'ont absolument rien à voir. On politise des attitudes, des comportements qui ne relèvent pas uniquement du champ politique. C'est dans ce contexte que je conteste l'utilisation des termes de radicalisation ou de déradicalisation.

Pourtant, « radicalisation » et « déradicalisation » jouent un rôle important, voire central, au sein des mesures proposées contre les extrémismes. En quoi cela pose-t-il un problème ?

La dialectique entre ces deux termes est fort exploitée ; elle a une fonctionnalité politique. Comme s'il y avait une logique et son contraire, comme s'il y avait une sorte de dynamique mécanique qui amenait les individus à se radicaliser et qu'un contre-discours de déradicalisation pouvait fonctionner pour les amener à perdre quelque chose qui s'est construit chez eux. Selon moi, l'utilisation de ces mots a pour conséquence de masquer le fait que ce qui se passe est très complexe et très difficile à définir.

Comment peut-on éviter ce problème dans le discours public ? Que proposez-vous ?

C'est difficile de trouver une terminologie qui serait adaptée. C'est vrai que

si on considère les jeunes qui adhèrent à Daech, il y a à certains égards des analogies à faire avec d'autres types de radicalisations. Mais il y a surtout beaucoup de différences, qui font qu'on se trouve face à quelque chose de singulier. Et je crois qu'il ne faut pas effacer cette singularité. Le terme de radicalisation ne raconte rien sur le phénomène. À mon avis, il faut chercher au-delà, notamment dans le registre religieux. Dans le champ politique, on hésite à utiliser les termes islamique ou islamiste : il y a des tabous, parce qu'on ne veut pas stigmatiser une communauté. Et on a raison de ne pas vouloir le faire. Mais en même temps, on passe à côté de l'essentiel, à savoir de dire que par exemple Daech se base sur une idéologie islamique. Je dirais donc que dans ce contexte, il est plus efficace de parler de « djihadisme », d'islamisme radical ou de violence radicale justifiée par l'islam. Cela aide à mieux comprendre de quoi on parle.

« L'utilisation du terme de la radicalisation a pour conséquence de masquer la complexité du phénomène »

Vous dites donc qu'on néglige dans ce discours le côté religieux de la motivation des combattants de l'État islamique ?

Il y a deux aspects. D'une part, il y a ces tabous : on n'ose pas parler de la religion. Or, je pense qu'il faut souligner que ce n'est pas parce qu'il y a une violence qui est justifiée par la religion que pour autant on touche à la foi, à la croyance de nos contemporains. D'autre part, on parle de religion dans une société qui est post-séculaire. On n'a plus les référentiels pour comprendre la religion. On n'a plus les outils pour décoder le discours religieux. Il faut donc se donner les moyens de comprendre, de

déconstruire ce discours. Pourtant, aujourd'hui, ce ne sont souvent pas des experts de la religion qui s'expriment sur Daech. Je pense qu'on n'a pas assez entendu ces derniers. Cela permettrait de mieux contextualiser et relativiser ce qui se passe.

Que pourraient-ils nous expliquer ?

Il faut prendre la propagande de Daech au sérieux. Quand on lit ces textes, on se rend compte qu'on est dans un discours très construit, très intelligent, qui décrit un projet religieux. On est dans un phantasme apocalyptique servi par un discours prophétique avec une volonté de détruire un monde pour construire un monde nouveau. La propagande de Daech n'utilise pas la religion pour justifier ces crimes, les crimes sont dans la logique du discours religieux littéraliste, qui ne va pas au-delà de la théologie musulmane du 12^e siècle. On a là une transposition dans notre temps de comportements guerriers à l'époque du prophète.

C'est à cela que vous faites référence dans un article du journal « Le Soir », quand vous parlez d'une « absence d'appareil théorique » qui « a pour effet de créer des chaînes causales sans assise, ni empirique, ni logique » ?

En effet, il faudrait se donner un appareil théorique multidisciplinaire pour comprendre le phénomène du djihadisme. On est dans un phénomène qui se comprend à l'intérieur de l'islam, qui se comprend aussi dans une chaîne causale à l'intérieur d'un contexte géopolitique, qui est celui du Moyen-Orient, et dans une chaîne causale plus large liée à l'adhésion à ce projet apocalyptique. Pour le comprendre, il faut voir ce qui s'est passé avec une génération que nous sommes en train de perdre, parce qu'elle cultive un ressentiment à l'égard de tout le système. C'est très complexe. Or on est dans une époque qui refuse la complexité.



FOTO : DANIELE WEBER

Docteur en philosophie et lettres, Jean-Philippe Schreiber est depuis 1996 professeur à l'Université libre de Bruxelles, où il fait entre autres partie du Centre interdisciplinaire des études des religions et de la laïcité (CIERL).

Que pensez-vous des mesures proposées actuellement ?

Tout d'abord, je ne veux pas donner de leçons ou critiquer en vrac les mesures prises. Il y en a qui sont intéressantes. Je constate quand même que dans l'urgence pour faire face à l'anxiété de la population, il y a eu beaucoup d'improvisation. Certains projets de déradicalisation ont été mis en œuvre sans donner de résultats. Il faudrait moins travailler dans l'urgence. Nous allons être confrontés à ce climat de terreur pendant des années encore. Si on veut développer des politiques cohérentes, il faut réfléchir et donner des réponses qui s'inscrivent dans la durée. Cela va prendre du temps.

Quel rôle la religion doit-elle jouer dans ce processus ?

Il faudrait par exemple s'occuper de ces jeunes, leur proposer une conception plus large de l'islam qui tient compte des réformes qui sont en cours depuis le 19^e siècle. En Belgique, ces initiatives portées par des gens comme Rachid Benzine portent leurs fruits. C'est un moyen de faire entrer la religion dans le débat.